

PRESSEMITTEILUNG

19. April
2022

Landespflegerat
Baden-Württemberg
z.H.v. Susanne Scheck
Postfach 13 09 26
70067 Stuttgart
info@lpr-bw.de

EINIGKEIT BEIM THEMA PFLEGEKAMMER?

Der erste Pflegepolitische Talk des Landespflegerates Baden-Württemberg (LPR) mit allen gesundheitspolitischen Sprechern der Landtags-Fraktionen war sehr intensiv und konstruktiv. Am Ende kristallisierte sich heraus, dass die Kammergründung von keiner der anwesenden Parteien komplett abgelehnt wird. Die Frage nach der zeitlichen Dimension beantwortete Petra Krebs (Bündnis 90/Die Grünen): „Wir wollen das Thema jetzt zeitnah wieder auf die politische Agenda setzen.“

An den Grünen liegt die Verzögerung nicht. Sie machten sich gestern, vertreten durch ihre gesundheitspolitische Sprecherin Petra Krebs, einmal mehr für eine Pflegekammer in Baden-Württemberg stark. „Die Relevanz der Profession Pflege wird derzeit leider oft nicht richtig erkannt. Hier kann die Pflegekammer eine Lösung sein“, sagte Krebs, die keinen Hehl daraus machte, dass sie persönlich, aber auch ihre Partei die Kammergründung unterstützen. Krebs betonte, dass auch „Minister Lucha ein Freund der Pflegekammer ist“. Um den Beruf an sich attraktiver zu machen, reiche es nicht, nur zu Klatschen. Die Grünen haben erste Taten folgen lassen und sich dafür eingesetzt, dass bereits in den diesjährigen Haushalt Mittel für die Kammergründung eingestellt wurden. Für Krebs ist Wertschätzung der Profession gleichbedeutend damit, dass die Pflegenden auch mitbestimmen, wenn es um pflegerelevante Entscheidungen gehe. Also ein klares Statement pro Pflegekammer.

Florian Wahl, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD, griff den Faden auf und zeigte den Schulterschluss mit dem Grünen. Auch für ihn und seine Partei sei es wichtig, der Profession Pflege eine gesellschaftliche Wertschätzung zukommen zu lassen, die der Relevanz dieser Berufsgruppe gerecht werde. Er selbst „seht einer Pflegekammer offen gegenüber, denn die Selbstverwaltung ist ein effektives Mittel für politische Beteiligung“. Er gestand in der gestrigen Polit-Runde seinen Wunsch, die Selbstverwaltung ausreichend zu legitimieren und warb daher für eine Vollbefragung. Am Ende war er sich aber auch bewusst, dass dies ein Wunsch sei, an dem er die Frage nach einer Kammergründung nicht final festmachen wolle. „Wenn die Pflege eine Kammer wirklich will, ist das auch für mich der Weg,“ war sein versöhnliches Statement am Ende.

Für Tim Bückner, der im vergangenen Jahr erstmals in den Landtag gewählt wurde und seitdem pflegepolitischer Sprecher der CDU ist, ist es ein großes Anliegen, junge Menschen generell für die sozialen Berufe zu begeistern. Auch in seiner bislang kurzen Amtszeit habe er gemerkt, dass sich die Profession Pflege im Krisenmodus befinde, allerdings nicht erst durch Corona ausgelöst. Er und seine Partei sehen es als eine große Aufgabe an, sich diesen Herausforderungen zu stellen, die aber auch eine gesamtgesellschaftliche Dimension habe. „Ich persönlich unterstütze die Gründung einer Pflegekammer und sehe auch nicht, dass dieses Vorgehen von meiner Partei hier in Frage gestellt wird.“ Im Laufe der Diskussion stellte der gelernte Rechtswissenschaftler klar, dass eine „Pflegekammer nur mit einer Pflichtmitgliedschaft“ funktioniert, denn eine freiwillige Mitgliedschaft sei nicht nachhaltig. Er war sich aber sicher, dass am Ende der Mehrwert eine Kammer den zu entrichtenden Beitrag bei Weitem übersteige und das auch die Gegner erkennen werden.

Der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Jochen Haußmann, stieß ins gleiche Horn wie seine Kollegin und seine Kollegen. Auch er sah mangelnde Wertschätzung gegenüber der Berufsgruppe als einen Punkt, der bei den Arbeitsbedingungen unbedingt verbessert werden müsse. Hier könne aber auch viel seitens der Führungskräfte selbst geschehen, denn viele Pflegenden bemängeln in Umfragen auch die mangelnde Wertschätzung seitens ihrer Vorgesetzten. Er sprach sich im weiteren Verlauf der Diskussion nicht generell gegen die Pflegekammer aus, sondern lediglich gegen eine Pflichtmitgliedschaft. „Wir wollen nicht Niedersachsen 2 werden“, begründet er diese Haltung. Bereits bei der Enquetekommission Pflege habe sich gezeigt, dass es bei den Pflegenden nicht nur Befürworter einer Pflegekammer mit Pflichtmitgliedschaft in Baden-Württemberg gebe. Sehr viele Pflegenden sind bis heute zum Thema Pflegekammer nicht informiert. Kritik äußerte Haußmann an der damaligen Befragung zur Pflegekammer. Ähnlich wie Wahl wolle er und seine Partei eine Vollbefragung der Pflegekräfte im Land.

Der Wunsch nach einer Vollbefragung stieß seitens vieler Zuhörer und der LPR-Vorsitzenden auf Unverständnis. „Repräsentative Befragungen reichen an jeder Stelle im politischen System aus, nur bei der Pflege nicht“, kritisierte Susanne Scheck. Sie plädierte dafür, nicht wieder Zeit und Geld zu verschwenden, sondern endlich ins Tun zu kommen. „Wir sind in Deutschland schon auf europäischer Ebene das Schlusslicht“, konstatiert sie die fortwährende Diskussion um eine Verkammerung des Pflegeberufs.

Über den Landespflegerat Baden-Württemberg:

In Baden-Württemberg gibt es ca. 142.000 Pflegekräfte, die ihren Beruf ausüben. Deren derzeit einzige Vertretung erfolgt über den Landespflegerat (LPR), der eine Landesarbeitsgemeinschaft von elf Berufsverbänden und Fachgesellschaften der Profession Pflege ist. Die von ihnen entsendeten 22 Vertreterinnen und Vertreter haben es sich zur Aufgabe gemacht – neben dem Engagement für die Errichtung einer Pflegekammer – auch die Qualitätsentwicklung in allen berufsrelevanten Feldern des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens zu fördern, um eine qualitätsorientierte pflegerische Versorgung der Bevölkerung im Land Baden-Württemberg sicherzustellen.